Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fns. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.50 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 15.00 Mark, monatlich 5.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 4½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 148. | Dienstag, den 28. Juni 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der heute zusammentritt, werden die Interpellationen über Oberschlesien und die Sanktionen von der Regierung beantwortet werden.

•

Ein vom Reichstag eingesetzter Unterausschuß soll praktische Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot ausarbeiten.

•

Die Sanktionen haben eine ungeheure Erschütterung des Wirtschaftslebens im Rheinland hervorgerufen. In 183 Betrieben wurden 11 939 Kurzarbeiter festgestellt.

•

Zur Ablösung der den Elsaß-Lothringern zustehenden Ansprüche an die deutschen Sozialversicherungen hat Deutschland an Frankreich 65 Millionen Franken zu zahlen.

•

Infolge des Ergebnisses der Kammerabstimmung hat das italienische Ministerium beschlossen, zurückzutreten.

Aus den Memoiren des Freiherrn von Schoen.

Die verstümmelte deutsche Kriegserklärung. — Englands Sicherheitspolitik. — Der belgische Einmarsch. — Die Tendenzlüge über die deutsche Kriegsschuld.

Der frühere deutsche Botschafter in Paris Freiherr v. Schoen hat jetzt nach seinen eigenen Aufzeichnungen Erinnerungen herausgegeben, die — weil der Verfasser in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg und bei dessen jähem Ausbruch als Vertreter des Deutschen Reiches an der Quelle der weltpolitischen Verwicklungen in Paris war — von ganz besonderer Bedeutung sind. v. Schoen schreckt nicht davor zurück, begangene Fehler als solche einzugestehen. Wer mit dem Willen, unbefangen zu urteilen, an die Lektüre herantritt, wird die Ehrlichkeit des Verfassers anerkennen und sein Buch als eine Veröffentlichung begrüßen, die zur Widerlegung der Tendenzlüge von Deutschlands Kriegsschuld sowohl als Ganzes durch den einheitlichen Stimmungsausdruck, wie in vielen sachlichen Einzelheiten ein neues, wertvolles Material bedeutet.

Ueber die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich und die verhängnisvollen Begleitumstände einer verstümmelten Depesche des Reichskanzlers berichtet Herr v. Schoen:

Am Nachmittage des 3. August (1914), in den Stunden der höchsten Spannung, traf ein Telegramm in Ziffern mit der Unterschrift des Reichskanzlers ein, ein Zeichen, daß es sich um eine besonders wichtige Sache handelte. Ich war nicht im Zweifel, daß es das entscheidende Wort enthielt. Nun trat die überaus peinliche Lage ein daß das Telegramm sich als derart verstümmelt erwies, daß trotz angestrengter Bemühungen nur Bruchstücke zu entziffern waren. Immerhin war so viel zu entnehmen, daß französische Luftangriffe auf Nürnberg, Karlsruhe, Wesel stattgefunden hätten, daß ich um 6 Uhr meine Pässe fordern, den Schutz der Deutschen dem amerikanischen Botschafter übergeben und abreisen sollte. Zu einer Rückfrage wegen des nicht lesbaren Teiles blieb keine Zeit. Da mir auch auf anderem Wege bekannt geworden war, daß wir uns durch einen französischen Fliegerangriff auf Nürnberg zur Kriegserklärung veranlaßt sahen, mußte ich mich entschließen, das wenige, was aus dem Telegramm deutlich zu entnehmen war, zur Begründung der Kriegserklärung zu benutzen. Der nicht lesbare Teil des Telegramms betraf, wie ich später erfuhr, nicht unerhebliche französische Feindseligkeiten an der elsässischen Grenze, die von geschlossenen Truppenabteilungen trotz der zugesagten Zehnkilometerzone, überschritten worden war. Erst geraume Zeit, nachdem der Krieg bereits im Gang war, hat sich ergeben, daß die Angaben von französischen Fliegerangriffen auf verhängnisvollen Irrtümern beruhten. Sie scheinen lediglich Erzeugnisse hocherregter Phantasien gewesen zu sein. Wie es kommen konnte, daß solchen irrigen Meldungen bei unseren leitenden Stellen das Gewicht von Tatsachen, und zwar von so bedeutungsvollen Tatsachen, beigelegt werden konnte, daß sie zur Begründung einer Kriegserklärung herbeigezogen wurden, ist unerfindlich. Was die Grenzüberschreitungen französischer Truppenteile betrifft, die ich infolge äußerer Umstände in meiner letzten Mitteilung an die französische Regierung übergeben mußte, so sind sie unserseits so einwandfrei festgestellt, daß französische Ableugnungen sie nicht ungeschehen machen. Ein widriges Geschick hatte mich aber gezwungen, mich auf Angaben zu beschränken, die den Franzosen reichlich Stoff zu der Behauptung geliefert haben, daß wir den Angriff mit lügenhaften Vorwänden begründet hätten.

Daß der eigentliche politische Grund zur Kriegserklärung einzig und allein — alle anderen akuten Fälle, wie z. B. der serbisch-österreichische Konflikt, hätten geglättet werden können — in der Revanchesucht Frankreichs einerseits, vor allem in der kühlberechnenden Politik des englischen Geldsackes zu suchen ist, führt v. Schoen sehr präzis und unwiderleglich aus. Er schreibt z. B. über die englischen Beweggründe:

Das dem englischen Empfinden am nächsten liegende Gebiet des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes war es, auf dem zuerst eine Beeinträchtigung des guten Verhältnisses zwischen Deutschland und England erwuchs, als wir zum Schutzzollsystem übergingen und im Gefolge dieses Wechsels unser Wirtschaftsleben zu rasch sich entwickelndem Aufschwung gelangte, unser Handel, unsere Industrie, unsere Reederei zu einer für England beunruhigenden Höhe emporstiegen. Die Unruhe wurde zur Besorgnis, als unsere Leistungen uns befähigten, als erfolgreiche Mitbewerber Englands auf dem Weltmarkt zu erscheinen, die Möglichkeit sich eröffnete, daß wir England im Welthandel einzuholen vermöchten, als wir ferner mit der Erwerbung ansehnlichen Kolonialbesitzes in die Weltpolitik eintraten und als wir, endlich, in logischer Folge jenes Hinausgehens in die Welt, zum Bau, zur Ausrüstung und zur Bewegung einer Flotte schritten, deren Stärke und Tüchtigkeit den Engländern eine reichlich fließende Quelle des Unmutes, der Sorge und des Argwohns wurde. Aber nicht allein seine weltumspannenden Handelswege glaubte England durch unsere Stärke zur See bedroht, sondern auch seine heimatliche Stellung. Das Gespenst einer deutschen Landung erschien beängstigend vor den ehedem sorglosen Augen, und der Gedanke tauchte auf, ob es nicht ratsam sei, dem Ausbau der deutschen Flotte mit Gewalt entgegenzutreten, ehe ein solches Unternehmen zu gefahrvoll würde.

von Schoen schreibt: Die Vergewaltigung Belgiens war nicht nur ein strategischer und politischer Fehler, sondern auch, wie von berufener Stelle von vornherein eingeräumt werden mußte, ein Bruch des Völkerrechtes. Sie war es ungeachtet der Berufung auf die Not, ungeachtet des nachträglich entdeckten Beweises, daß Belgien sich im Hinblick auf einen deutschen Einmarsch mit den Ententemächten eingelassen hatte. Sie war ein schwerer Verstoß wider Recht und Ehre, der uns die Aechtung der Welt zugezogen und unseren Gegnern Waffen geliefert hat, mit denen sie uns nicht minder wirksam bekämpft haben, wie mit den blutigen. Die Härten der Kriegführung und der Besetzung haben ein übriges getan, um den Haß unserer Feinde im wilden Feuer aufflammen zu lassen.

Trotz dieser nach seiner Ansicht unleugbaren politischen Schwächung unserer Rechtslage kommt von Schoen doch zu dem Schlusse, daß nicht wir die Hetzer zum Kriege gewesen sind, sondern die Gegenseite, und daß es eine bewußte Lüge ist, wenn von der Entente von einer alleinigen Kriegsschuld Deutschlands gesprochen wird.

Alles in allem, Deutschland ist nicht frei von Schuld, aber es ist nicht schuldig in dem Sinne und in dem Maße, mit dem es belastet wird. Es hat geirrt und gefehlt, aber nicht sowohl aus Mangel an friedlichem Willen, wie aus Mangel an sicherer Führung durch die Wirren der großen Politik. Es hat, wie alle Mächte, mit der Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen gerechnet und sich entsprechend gewappnet, aber es hat nicht den großen Krieg gesucht, nicht vorsätzlich auf ihn hingearbeitet, nicht, wie die Gegner sagen, den Krieg gewollt.

Die Flaggenfrage im Reichstage.

(Reichstagssitzung vom 27. Juni.)

—o— Der Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Höllein (Kommunist) wird an den Geschäftsordnungsausschuß verwiesen, der gegen einen anderen Kommunisten des gleichen Sinnes abgelehnt. Dann stehen wieder mehrere Nachtragsetats zur Erledigung. Ein Antrag des Sozialdemokraten Hoch wünscht beim Arbeitsministerium die Wiedereinsetzung der gestrichenen Millionen für die bessere Schulung der Betriebsratsmitglieder. Der Antrag findet eine Mehrheit, ebenso die Bereitstellung von 500 000 Mark, die im nächsten Etat zur Förderung des Heimstätten- und Genossenschaftsbaues ausgeworfen werden sollen. Zum Verkehrsministerium wird eine Entschließung angenommen, die sich für die ausreichende Subvention der am Verkehr zwischen dem Reich und Ostpreußen beteiligten Schiffsgesellschaften ausspricht. Wie erwartet, entwickelt sich über den nunmehr auf der Tagesordnung stehenden Antrag der nichtsozialistischen Parteien über die Flaggenfrage eine lebhafte Debatte. Der Antrag will den Erlaß des Reichspräsidenten außer Kraft setzen, wonach die schwarz-weiß-rote Handelsflagge durch Hinzufügung eines schwarz-rot-goldenen Vierecks in der linken oberen Ecke abgeändert werden soll. Der Volksparteiler Gildemeister-Bremen wandte sich vor allem gegen das drohende Zweiflaggensystem und verwies auf die Stimmung der Auslandsdeutschen. Es bestehe geradezu eine Gefahr für den Aufbau des deutschen Ueberseehandels, wenn die Flagge geändert wird. Der Mehrheitssozialdemokrat Dr. David hatte dagegen besonders den Eindruck im Innern im Auge und kam dabei erst auf Weimar und auf die erste Zeit nach dem 9. November zurück. Graf Westarp geriet in große Erregung, als David auf die wesentlich zurückhaltendere Stimmung der Deutschnationalen in den ersten Tagen der Revolution zu sprechen kam — und erhielt einen Ordnungsruf, als er David einen Verleumder nennt. Dieser warnt auch vor dem schlechten Eindruck auf die Arbeiterschaft, die die Beseitigung der Farben des neuen Reiches mit schwerem Mißtrauen aufnehmen würde. Die Sozialdemokraten zollten ihrem Sprecher lauten Beifall, als er schwarz-weiß-rot die Kampffahne der monarchischen Reaktion nannte und erklärte, daß dieser Vorstoß gegen das neue Reich nur ein erster Anfang sei. Der Deutschnationale Oberfohren leugnete diese Tendenz und ärgerte die Sozialdemokraten seinerseits, indem er anführte, daß ja ein Sozialist in Hamburg an der Spitze der Schwarz-weiß-rot-Bewegung stehe. Der Unabhängige Breitscheid betonte, daß trotz Oberfohren eine Verfassungsänderung vorliege, daß aber auch der Erlaß des Reichspräsidenten verfassungswidrig sei, weil die Reichsfarben seit zwei Jahren feststünden. Gegen ½7 Uhr griff dann noch der demokratische Abg. Heile in die vollends ins parteipolitische Fahrwasser geratene Debatte ein. Er protestierte mit Nachdruck gegen die dauernden Verunglimpfungen, die die neuen Reichsfarben in den Wahlversammlungen der Deutschnationalen erfahren und stellte noch einmal fest, daß der Wunsch auf Beibehaltung von schwarz-weiß-rot einmütig von allen seefahrenden Kreisen vertreten werde.

Der neue Orientkrieg.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die großen Weisen von Versailles haben geglaubt, durch ihre willkürliche Regelung der Weltverhältnisse unter dem Drucke ihrer überragenden Waffenmacht den Frieden herstellen zu können. Aber ihre Friedensverträge sind Papier, die Tatsachen spotten solcher Konstruktionen. Die Welt wird vom ersehnten Frieden noch so lange fern sein, bis wirklich Vereinbarungen unter den Völkern vorliegen, die nach Möglichkeit allen ihren natürlichen Interessen entsprechen. Wie sehr gegenwärtig noch die Weltkugel nur einem vernarbten Krater gleicht, aus dem zu jeder Stunde erneut die Flammen emporschlagen können, lehrt ein Blick auf den nahen Orient. Dort ist der Friedenszustand überhaupt noch nicht Tatsache geworden. Die Wurzeln der türkischen Kraft lagen von jeher nicht in Europa und nicht an den Dardanellen und in Konstantinopel. Das alles waren vielmehr nur Außenposten, die aus Prestigegründen jahrelang von den jeweiligen Machthabern am Bosporus überschätzt wurden. Die eigentliche Türkei ist das Kernland von Kleinasien. Hier sind die Osmanen in der überragenden Mehrzahl, und nur die Westküste Kleinasiens weist einen starken griechischen Einschlag auf. Bald nach dem Friedensschluß stand eine neue Türkei da, die sich mit dem Sitz in Angora eine eigene Regierung gab. Es war ihr gelungen, den Kern der türkischen Truppen dorthin zu retten. Er wurde sehr bald reorganisiert und durch Neuaushebungen auf den Stand einer schlagkräftigen Armee gebracht. Der Führer der Angoraregierung Kemal Pascha war in der Wahl seiner Mittel äußerst skrupellos. Heute bekämpfte er die Franzosen, morgen die Engländer, ganz offen vollzog er den Anschluß an die Räteregierung in Moskau und gewann so gegenüber den Engländern eine nicht ungefährliche Machtposition.

Durch kluges Verhandeln hat Lloyd George versucht, die Gefahr für Indien zu bannen. Er ließ sich monatelang von dem bolschewistischen Handelsdelegierten Krassin auf der Nase herumtanzen. Schließlich führte das Interesse Sowjetrußlands an Handelsverbindungen mit Westeuropa und das englische Verlangen nach Ruhe in Asien zu einem Vertrag. Aber niemand kann wissen, wann es den Bolschewisten gefällt, wieder einmal andere Saiten anzuschlagen. Wenn das innere Bedürfnis nach einem Ablenkungskrieg aufkommt, ist den Herren in Moskau das Hemd der Selbstbehauptung näher als der Rock des britischen Handelsvertrages. Darum hat man von Moskau aus die Beziehungen zu Angora, Persien und Afghanistan von jeher und für alle Fälle liebevoll gepflegt. England hat darum Bedacht darauf genommen, sich auch von der anderen Seite her zu sichern. Die Loslösung der Türkei und eine Verständigung mit ihr war das Programm, das in zielbewußter zäher Arbeit von Downingstreet aus verfolgt wurde. Als dieses Ziel nur dadurch zu erreichen war, daß der Friedensvertrag von Sevres umgestoßen werden mußte, hat England diese Konsequenz in keiner Weise gescheut. Lord Curzon fuhr nach Paris und entwickelte dort sein Programm. In Frankreich, wo man des Aberglaubens lebt, daß die verschiedenen Friedensschlüsse wirklich göttliche Weisheit seien, war man zunächst entsetzt, da man möglichst an keinem der Verträge rütteln lassen möchte. Aber schließlich erklärte man das Einverständnis zu einer Vermittlungsaktion, die freilich starke Konzessionen an die Türkei zur Voraussetzung hatte.

In Griechenland befindet man sich in einer schwierigen Situation. Die Entente hat Smyrna und Thrazien den Griechen im Vertrag von Sevres zugesprochen. Der Traum des Groß-Griechenlands war schon erfüllt, er soll nun plötzlich entschwinden. Das vermag eine Regierung schwer zu ertragen, die die nationale Stimmung so außerordentlich erregt hat und die namentlich nach der Rückberufung König Konstantins außenpolitische Niederlagen doppelt scheut. Die griechische Regierung hat darum zwar verklausuliert, aber doch hinreichend deutlich die Vermittlung der Alliierten abge-